



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Auftrag für Veit Sorger

Ein Aufatmen angesichts der Krise sei noch nicht angebracht, sagte unlängst Veit Sorger gegenüber der Presse. Solange der Präsident der Industriellenvereinigung seine „gescheiterten“⁰ Meldungen zur Sozialpolitik kundtut, besteht ganz bestimmt kein Grund zum Aufatmen.

So meint der Herr Präsident, dass eine höhere Flexibilität bei der Arbeitszeit sowie das Ausschleifen der Hacklerregelung und ein „Sanierungsbeitrag“ der „geschützten Bereiche“ rund 560 Mio. Euro sparen können. Nicht erzählt hat uns der 67-jährige Industrielle, was jene Menschen machen sollen, die arbeitslos werden und wer das bezahlt.

Wenn es nach Veit Sorger geht, sollen Leute bis zum 65. Lebensjahr in der Industrie arbeiten. Real bekommen sie dort ab 50 keine Arbeit mehr. Unter dem beschönigenden Titel „Behaltmanagement“ versucht man, mit Anreizen ältere Beschäftigte möglichst früh loszuwerden.

Es ist eben ein Unterschied, ob man in einem Lederfauteuil Denkarbeit leistet oder in der Fabrik 10 Stunden schwere Arbeit verrichtet – wobei auch die Arbeit von Fabrikarbeitern zunehmend geistig anspruchsvoller wird.

Ich hätte für Herrn Sorger einen Auftrag: Er soll all jenen Arbeitslosen über 50, die nicht in Pension geschickt werden sollen, einen gut bezahlten Arbeitsplatz verschaffen, damit sie ihm nachzueifern und auch bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können. Wenn diese Menschen alle ihre Arbeit und Würde zurückbekommen, stimmt die Rechnung vielleicht.



Die Metaller geben die Richtung für Lohnerhöhungen vor. Heuer sind es magere 1,5 Prozent.

1,5 Prozent für Arbeiter, 4 Milliarden für Aktionäre Dürftige Herbstlohnrunde

Der Lohnabschluss der Metallindustrie (1,5% KV, 1,45% Ist) ist ein kein gutes Zeichen für die Lohnabhängigen. Nun drohen weitere Lohn- und Pensionsrunden ähnlich enttäuschend zu verlaufen.

Der Berg hat gekreißt; ein Mäuslein wurde geboren. So ist leider das Ergebnis der Lohnverhandlungen für die Beschäftigten der Metallindustrie. In den Medien wurde kolportiert, dass es ein Ringen Spitz auf Kopf gewesen sei. Die Auseinandersetzung beschränkte sich jedoch auf die Zumutung der Unternehmer, den Durchrechnungszeitraum für Mehrarbeit bzw. für die Überstundenabgeltung von einem auf zwei Jahre zu verdoppeln. Echte Reallohnzuwächse wurden nicht durchgesetzt, obwohl die Lohnquote (Anteil

der Werkstätigen am gesamten Volkseinkommen) seit dem EU-Beitritt kontinuierlich zurückgeht. Sie ist von 62 Prozent im Jahr 1994 auf 55 Prozent im Jahr 2008 abgesackt.

Was die Offensive der Unternehmer für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit angeht, verfügen die Gewerkschaften über keine wirkungsvolle Gegenstrategie, seit die Orientierung auf die 35-Stunden-Woche aufgegeben wurde. Auf dem Lohnsektor ist es mit der ÖGB-Spitze ebenfalls nicht weit her. Obwohl die Inflation seit der vorhergehenden Lohnrunde 1,5 Prozent betragen hat, werden die Nettolöhne nicht einmal um diesen Betrag aufgewertet, weil Finanzminister Josef Pröll per Lohnsteuer einen Anteil einstreift. Darüber hinaus ist wieder einmal die pro Arbeitskraft deutlich gestiegene

Produktivität nicht abgegolten worden. Kein Wunder, wenn die Schere zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen weiter auseinanderklafft.

Unter dem Vorwand der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft werden die Arbeitenden gemolken. Dem steht nach Berechnungen der Linzer Werkstatt Frieden & Solidarität die Tatsache gegenüber, dass die Aktionäre der an der Wiener Börse gehandelten heimischen Konzerne im Jahr 2008 Dividenden in der Höhe von rund 4 Milliarden Euro kassiert haben. Das wäre genung, um für die 580.000 Beschäftigten dieser Unternehmen eine Arbeitszeitverkürzung um sechs Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich zu zahlen!

Wetten, dass andere Gruppen (samt Pensionisten) nicht mehr bekommen, obwohl die Volkswirtschaft dringend Nachfrage benötigt?